Erscheint
wöchentlich dreimal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend, morgens.

Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M. 50 Pf.,
bei der Post einschl. Bestellgeld 1 M. 75 Pf.

Osthavelländisches Kreisblatt.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag vormittags bis 9 Uhr angenommen. Preis pro 4 gespaltene Borgiszeile oder deren Raum 20 Pf., für Kreiseingesessene 15 Pf. Reklamen pro Zeile 30 Pf.

Nr. 140. | Nauen, Sonnabend den 29. November 1890. | 42. Jahrgang.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf das „Osthavelländische Kreisblatt“ sowohl bei unserer Expedition, von den Austrägern, wie auch bei den Postanstalten und Landbriefträgern **zum Preise von 50 Pfg.** angenommen.

Die Expedition.

Die Schulreform.

Unser Kaiser hat wie auf dem Gebiete der sozialen Verhältnisse, so auch auf dem Gebiete der Schule die Herbeiführung einer gründlichen Reform in Angriff genommen. In einem noch von dem Fürsten Bismarck gegengezeichneten, aber jetzt erst veröffentlichten, an das Staatsministerium gerichteten Erlaß vom 1. Mai 1889 erklärt der Kaiser, daß er sich schon längere Zeit mit dem Gedanken beschäftigt habe, die Schule in ihren einzelnen Abstufungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideeen entgegenzuwirken. Weiter führt er aus, wie dies am besten geschehen könne. Die Gottesfurcht und die Liebe zum Vaterlande ist auf den preußischen Schulen stets gepflegt worden. Wenn aber trotzdem sich die sozialdemokratischen Irrtümer haben verbreiten können, so ergiebt sich hieraus die Notwendigkeit, daß gegenüber den daraus entstehenden Gefahren auch schon in der Schule besondere und unmittelbare Vorkehrungen getroffen werden müssen, um schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die „Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.“ Diese besonderen Vorkehrungen sollen auf zweierlei Weise getroffen werden: durch Vertiefung des Religionsunterrichts und durch Erweiterung des Geschichtsunterrichts.

Der Religionsunterricht soll nach dem Willen des Kaisers die ethische Seite mehr in den Vordergrund treten lassen, dagegen den Memorierstoff auf das Notwendigste beschränken. Was aber den Geschichtsunterricht anbetrifft, so ist dessen Erweiterung nach verschiedenen Richtungen hin geplant.

Der Geschichtsunterricht soll — was bisher nicht geschehen — auch die Geschichte der wirtschaftlichen und sozialen Entwickelung behandeln. Hieraus ergiebt sich, daß der Unterricht nicht nur zeigen soll, wie Preußens Könige von jeher bemüht gewesen sind, das Los der arbeitenden Klassen zu heben, und wie unter dem Schutze unserer Könige sich thatsächlich die Lohn- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen gehoben haben, sondern daß er auch auf die richtigen Grundsätze der Volks- und Staatswirtschaft eingehen und nachgehen muß, was zur Erhaltung eines geordneten Staatswesens notwendig ist und wie nur unter dem Schutze der über allen Gesellschaftsklassen stehenden Monarchie das Gedeihen des Einzelnen in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz möglich ist.

Diesen großen und hohen Gedanken, welchen der Kaiser für die Schulreform auf die Tagesordnung gestellt hat, muß jeder, welcher zu einem unbefangenen Urteil befähigt ist, mit lebhaftem Dank und freudiger Genugthuung begrüßen. Die Zeiten, wo die Behandlung wirtschaftlicher Grundsätze den Gelehrten und den Parlamenten allein überlassen bleiben mußte, sind vorüber: Heute muß auch schon die Jugend ausgerüstet werden zum Kampfe gegen die wirtschaftlichen Irrlehren der Sozialdemokratie, welche die Köpfe und Herzen zu verdrehen geeignet sind; nicht indem man sie mit unverdaulichen Theorien anfüllt, sondern indem man an praktischen Beispielen des Lebens wie an den geschichtlichen Großthaten unserer Könige die verderblichen Theorieen widerlegt und hinweist auf die mühevolle Arbeit unserer Könige zum Segen gerade des arbeitenden Volkes und auf den Nutzen, den sie bis auf den heutigen Tag gestiftet.

Wird dies aber als berechtigt, zweckmäßig und notwendig anerkannt, so folgt daraus von selbst, daß heute der Geschichtsunterricht sich nicht mehr begnügen kann mit der glänzenden Außenseite der geschichtlichen Thaten unserer Könige bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, sondern daß er eindringen muß in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwickelung nicht nur einer fernen Vergangenheit, sondern auch unseres Jahrhunderts bis auf den heutigen Tag.

Das Staatsministerium und insbesondere der Kultusminister hat alsbald die Ausführung der fruchtbaren Gedanken unseres Kaisers in die Hand genommen und dem entsprechende Grundsätze für die Ausbildung der Lehrer, sowohl der niederen wie der höheren Schulen, aufgestellt. Was letztere anbetrifft, so soll Anfang Dezember eine Konferenz zusammentreten, welche über die Mittel und Wege beraten soll, die zu dem gesteckten Ziele eingeschlagen werden können. In Bezug auf das niedere Schulwesen hat der Kultusminister in einer Verfügung vom 18. Oktober 1890 an die Regierungen und Provinzial-Schulkollegien schon die nötigen Anweisungen über die Ausbildung der Lehrer ergehen lassen und auch ein Ergänzungsheft zum Seminar-Lesebuch ausgearbeitet, welches zunächst die vaterländische Geschichte nach der Seite ihrer wirtschaftlichen Entwickelung erweitert und den Lehrern den geeigneten Stoff zum Lehren zuführt. Es ist in 48 000 Exemplaren verbreitet worden.

Hoffen wir, daß die neuen Waffen zum Kampfe gegen Irrlehren sich bewähren werden. Wenn so auch schon die Schule ausgerüstet wird, dann kann es an dem endlichen Erfolge nicht fehlen. Unserem Kaiser aber werden alle wahren Freunde der Schule, der Jugend und des Volkes für die auch hier bewiesene Thatkraft und hohe Einsicht in die Lebensbedingungen unseres Volkes zu lebhaftestem Danke verpflichtet sein.

Tagesübersicht.

Deutschland. Se. Majestät der Kaiser hat am Donnerstag Nachmittag Groß-Strehlitz in Schlesien wieder verlassen, nachdem die dortigen Jagden ihr Ende erreicht haben, und sich nach Pleß begeben, wo der Monarch in dem festlich illuminierten Orte sehr enthusiastisch empfangen ist. Freitag und Sonnabend finden dort Jagden statt.

— Auf Befehl des Kaisers soll eine Schulfeier zur Erinnerung an den Regierungsantritt des Großen Kurfürsten nicht nur in Berlin, sondern in allen Schulen der Provinz Brandenburg abgehalten werden. Am 1. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet aus gleichem Anlaß auf dem Platze am Opernhause in Berlin eine Parade vor dem Kaiser statt. Daran nehmen alle Berliner Regimenter und einzelne Compagnieen der Garnisonen von Potsdam und Spandau teil.

— Das Reichstags-Präsidium, die Herren von Levetzow, Graf Ballestrem und Dr. Baumbach, wurde von der Kaiserin Friedrich in ihrem Berliner Palais empfangen. Präsident v. Levetzow übermittelte als Sprecher des Präsidiums der erlauchten Frau die Glückwünsche des Reichstages zu der Vermählung der Prinzessin Viktoria mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe. Die Kaiserin sprach für die freundlichen Glückwünsche ihren herzlichen Dank aus.

— Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die erste Beratung der Steuervorlagen beendet. Die Gewerbesteuervorlage wurde ebenso wie die Einkommensteuer und Erbschaftssteuer an eine Kommission verwiesen. Die Gewerbesteuerreform fand bei allen Parteien prinzipielle Zustimmung, wenn auch noch verschiedene Wünsche bezüglich einzelner Punkte geltend gemacht wurden. Finanzminister Dr. Miquel stellte ein weitgehendes Entgegenkommen der Staatsregierung in Aussicht. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses wird am Sonnabend stattfinden, und mit der ersten Beratung der Landgemeinde-Ordnung dann begonnen werden.

— Die kaiserliche Verordnung, nach welcher die Alters- und Invaliden-Versicherung am 1. Januar in Kraft treten soll, ist veröffentlicht. Der Versicherung unterstehen selbst in kleinen Städten Hunderte von Gehilfen, Gesellen, Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen, Knechten, Dienstmädchen 2c., es ist also dringend zu empfehlen, daß mit der Ausgabe der Karten für die Versicherungspflichtigen recht bald begonnen wird. Der Andrang wird so wie so noch groß genug werden. Die Arbeitgeber und Dienstherrschaften müssen dabei beachten, daß sie für die regelrechte Zahlung der Versicherungsbeiträge bei Strafe verantwortlich sind, und daß es nicht in ihrem oder der Angestellten Belieben steht, ob die letzteren der Versicherung beitreten wollen. Als Grundsatz ist anzunehmen: Alle gegen Gehalt oder Lohn arbeitenden männlichen und weiblichen Personen, über 16 Jahre alt, und mit einem Einkommen von unter 2000 Mk. pro Jahr, müssen versichert werden!

— Zur Beglückwünschung des Großherzogs von Luxemburg sind in Frankfurt Abgesandte der Könige von Sachsen und Württemberg angekommen. Von den Begräbnisfeierlichkeiten im Haag kehren der Großherzog und der Erbgroßherzog zunächst nach Frankfurt zurück, um von dort mit der Großherzogin Adelheid nach Luxemburg zu reisen, wo sie voraussichtlich am 8. Dezember eintreffen. Die Großherzogin wird nur wenige Tage in Luxemburg bleiben, der Großherzog zwei bis drei Wochen.

— Die Meldungen über das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, welcher augenblicklich in Cannes ist, lauten leider recht ungünstig.

— Fürst Bismarck hatte ursprünglich die Absicht, am nächsten Sonnabend in Stettin dem Stapellauf des Schnelldampfers „Fürst Bismarck“ beizuwohnen, hat aber wegen der ungünstigen Witterung seine Nichte mit seiner Stellvertretung betraut. In einem an die Direktion der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft gerichteten Schreiben hat der Fürst seinem besonderen Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß er nicht zugegen sein könne, wenn sein Patenschiff, das größte Schiff deutscher Flagge, seinem Elemente übergeben werde.

— Professor Robert Koch gedenkt in nächster Zeit sich mit allen übrigen Infektionskrankheiten und deren Bekämpfung zu beschäftigen. Zu dem Zwecke soll ihm eine eigene Krankenbaracke in Berlin mit 20 bis 25 Betten zur Beobachtung überwiesen werden. Nach Kochs eigenen Mitteilungen soll die Anfertigung seiner Lymphe binnen 14 Tagen etwa so weit gefördert sein, daß dieselbe von da ab allen Aerzten wird zur Verfügung gestellt werden können. Eine ganze Schar von jüngeren Chemikern ist in dem Kochschen Laboratorium gegenwärtig mit der Ausführung derjenigen chemischen Prozesse beschäftigt, welche zur Herstellung der Lymphe erforderlich sind.

— Neulich wurde die unerfreuliche Thatsache mitgeteilt, daß der Berliner Arzt Dr. Levy für eine einmalige Einspritzung der Kochschen Flüssigkeit 300 Mark gefordert habe, und jetzt wird von ähnlichen Fällen berichtet. Ein Arzt soll an einem einzigen Tage 10 000 Mark eingenommen haben. Leider werden die Namen dieser interessanten „Geschäftsleute“ nicht mitgeteilt, hoffentlich wird den Leuten auch so das Handwerk gelegt.

— Der deutsche Handelstag wird sich demnächst mit der Frage beschäftigen, ob es sich empfiehlt, daß die Namen der Personen, welche den Offenbarungseid geleistet haben, von der zuständigen Gerichtsbehörde in ein Verzeichnis eingetragen und durch die nächsten Amtsblätter veröffentlicht werden sollen. Das Reichsjustizamt hat sich diesem Wunsche gegenüber bisher ablehnend verhalten. In den Hansastädten findet dagegen schon regelmäßig durch die dortigen Amtsblätter die Veröffentlichung statt.

— Wie ungeheuer nötig die Deklarationspflicht in Preußen ist, zeigt auch die Einschätzung eines Dortmunder Hütten-Direktors. Der Herr hat 20 000 Mk. Gehalt und 75 000 Mk. Tantième pro Jahr. Eingeschätzt war er auf 19 500 Mk. Daß das gerecht ist, wird wohl niemand sagen.

— Die Hamburger Bürgerschaft hat am Donnerstag einen Antrag angenommen, den Senat zu ersuchen, derselbe möge im Bundesrat dafür eintreten, daß die noch bestehenden Verbote der Einfuhr von Lebensmitteln aufgehoben werden.

— In zahlreichen katholischen Versammlungen wurden bekanntlich Petitionen an den Reichstag beschlossen, in welchen um Zurückberufung der Jesuiten nach Deutschland ersucht wird. Dagegen sollen nun von protestantischer Seite Gegenpetitionen an das Parlament gerichtet werden.

— Zum Protest gegen die neue Zuckersteuervorlage, die bekanntlich die bisher bestandenen Zuckerausfuhrprämien beseitigt, hat die Halberstädter Handelskammer eine Interessentenversammlung nach Magdeburg berufen. Erfolg dürfte die Versammlung schwerlich haben, denn die vom Bundesrat genehmigte Vorlage ist schon beim Reichstage.

— Die plötzliche strenge Kälte hat bereits auf die Schiffahrt eingewirkt; im Königsberger Hafen ist dieselbe schon eingestellt worden.

— Dr. Karl Peters hatte vor kurzem vom Bau einer ostafrikanischen Küstenbahn abgeraten und dafür eine Bahn ins Innere hinein empfohlen. Wahrscheinlich wird die ostafrikanische Gesellschaft nun auch die letztere bauen.

— Die „Kreuzztg.“ bringt folgende Mitteilung: In unterrichteten Kreisen werden Befürchtungen, daß Frankreich auf Grund des ihm im Frankfurter Frieden zugestandenen Meistbegünstigungsrechtes Einwendungen gegen einzelne Bestimmungen des beabsichtigten deutsch-österreichischen Handelsvertrages erheben werde, nicht geteilt. Deutschland erstrebt ermäßigte Zölle auf Eisen, Textilwaren, Glaswaren, Oesterreich-Ungarn eine mäßige Herabsetzung der Getreidezölle. Alles das sind Artikel, die Frankreich nicht exportiert, sondern selbst vom Auslande bezieht.

— In den Niederlanden wird, wie schon kurz erwähnt, die Regentin Emma am Tage nach der Beisetzung der Leiche ihres Gemahls den Eid auf die Verfassung leisten. Die sterblichen Ueberreste des Königs Wilhelm III. werden in der Königsgruft zu Delft beigesetzt werden, die bisher allen Herrschern der Niederlande als Begräbnisstätte gedient hat, und vor welchem sich ein Denkmal des 1584 ermordeten Wilhelm von Oranien, des Begründers der niederländischen Unabhängigkeit, erhebt. Von den dem niederländischen Herrscherhause nahe verwandten Höfen Sachsen-Weimar, Württemberg, Preußen, Dänemark, Schweden und Rußland werden Vertreter zu den Trauerfeierlichkeiten entsendet werden. Die übrigen befreundeten Staaten schicken Spezialgesandte. — Den neuen Großherzog von Luxemburg werden in seiner Hauptstadt Spezialgesandte Deutschlands, Frankreichs und Belgiens begrüßen.

— Ueber den Indianerkrieg in Nordamerika lauten die Berichte sehr widerspruchsvoll. Nach der einen Angabe haben die Indianer die Truppen unter harten Kämpfen zurückgedrängt, nach der anderen aber sind die Rothäute schon zerstreut, so daß die Bewegung ihren gefahrdrohenden Charakter verloren hat. Vielleicht waren auf einer Stelle die Indianer, auf einer anderen die Truppen Sieger.

Oesterreich-Ungarn. Das ministerielle Wiener „Fremdenblatt“ bespricht die italienischen Wahlen und sieht in dem Ergebnis derselben den Beweis von der außerordentlichen Uebermacht, welche die Idee eines gemäßigten, friedliebenden Auftretens in der italienischen Wählerschaft besitzt. Ministerpräsident Crispi sei jetzt der Vertrauensmann des Königs und der Nation, die Niederlage der Radikalen sei für Italien ein Glück und eine Ehre. — Im ungarischen Reichstage dauern die Verhandlungen über das kirchliche Programm des Ministeriums immer noch fort Für weitere Kreise sind die Erörterungen ohne Interesse. — Infolge der sehr gehässigen Haltung der Czechen im Prager Landtage haben die Deutschen in Böhmen den Entschluß gefaßt, sich an der im nächsten Jahre in Prag stattfindenden böhmischen Ausstellung nicht zu beteiligen, wodurch dieselbe ihren Hauptwert verliert. Die deutschen Mitglieder des Ausstellungskomitees sind aus demselben ausgeschieden. Vielleicht übt dieser Beschluß eine heilsame Wirkung auf den czechischen Uebermut aus.

Belgien. In der Brüsseler Kammer ist nach heftiger Debatte ein Antrag, die Reform der Verfassung in Betracht zu nehmen, angenommen. Herauskommen wird allerdings dabei herzlich wenig. Die Sozialisten in Brüssel wollten den Tag ursprünglich zu großen Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht benützen, und es waren deshalb von der Regierung besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen. Indessen verlief der Tag ziemlich ruhig. Es fanden wohl einige Ansammlungen statt, doch wurden dieselben ohne nennenswerte Mühe zerstreut. — Unter der Brüsseler Bürgergarde haben auf einem Bankett republikanische Kundgebungen stattgefunden.

Frankreich. Acht Pariser Aerzte sind zum Studium des Kochschen Heilmittels nach Berlin gereist. — Ein neuer großer Skandal macht an der Seine von sich reden. Der Bankdirektor Raynaud und der Abg. Cantal sind nach Verübung von allerlei Börsenschwindeleien durchgebrannt. Es soll sich um eine Summe von drei Millionen handeln. Man glaubt, Cantal habe Selbstmord begangen. Die beiden Ehrenmänner hatten dem Publikum 200 Prozent Zinsen versprochen, und es hatten sich wirklich Dumme gefunden, welche ihnen daraufhin das Geld zutrugen. — Der Kardinal Lavigerin in Algier, der sich schon häufiger zu Gunsten der Republik ausgesprochen hatte, hat sich jetzt mit aller Offenheit für dieselbe und gegen die Monarchie der Orleans erklärt. — Die Armeekommission hat das neue Spionagegesetz angenommen. — Der angebliche Spion Dietrich aus Belfort, von dem die französischen Zeitungen vor kurzem so viel Aufhebens machten, ist wegen Grundlosigkeit der Anklage freigesprochen worden. — Aus Lissabon wird nach Paris berichtet, daß die Königin Amalia von Portugal nicht unerheblich an der Influenza erkrankt ist.

Großbritannien. Der arg kompromittierte Führer der Irländer, Parnell, will es sich bis zum nächsten Montag überlegen, ob er aus dem politischen Leben zurücktreten soll oder nicht. Voraussichtlich wird ersteres geschehen, aber die irische Sache hat durch diese Angelegenheit doch eine sehr schwere Schädigung erfahren. Die Gladstoneaner und auch Gladstone selbst stehen den Irländern jetzt sehr kühl gegenüber. Die letzteren nehmen nun allerdings noch eine sehr stolze Miene an, aber in Wahrheit ist ihnen ziemlich trüb zu Mute. Jahrelange Errungenschaften haben sie jetzt mit einem Schlage verloren, und das von ihnen bekämpfte Ministerium Salisbury steht fester als je. — Durch eine Grubenexplosion sind acht Bergleute getötet.